

Aktuelle Urteile

Familien-, Erb- und Unterhaltsrecht

Kein Umgangsrecht für den "nur biologischen Vater"

Der nur biologische – nicht rechtliche – Vater hat kein Umgangsrecht mit seinem biologischen Kind, wenn zwischen ihm und dem Kind keine sozial-familiäre Beziehung und kein sozial-familiäres Band besteht.

(OLG Karlsruhe 2 UF 206/06)

Suchtkrankheit kann Unterhaltsanspruch gefährden

Hat der Antragsteller in Kenntnis einer Alkoholkrankheit über längere Zeit hinweg eine zumutbare und Erfolg versprechende Suchtbehandlung unterlassen, so ist ihm auch unterhaltsrechtlich der Vorwurf einer ebenso unvernünftigen, wie leichtfertigen und damit mutwilligen Herbeiführung seiner eigenen Bedürftigkeit zu machen mit der Folge, dass ein Unterhaltsanspruch entfällt.

(OLG Naumburg 14 WF 16/06)

Miet-, Wohnungs- und Grundstücksrecht

Kosten für neu abgeschlossene Versicherung umlagefähig

Die Kosten einer Sach- und Haftpflichtversicherung, die der Vermieter während des bestehenden Mietverhältnisses für das Mietobjekt abschließt, können anteilig auf die Mieter umgelegt werden, wenn im Mietvertrag die Kosten einer derartigen Versicherung als umlagefähige Betriebskosten bezeichnet sind und dem Vermieter das Recht eingeräumt ist, auch neu entstehende Betriebskosten auf die Mieter umzulegen.

(BGH VIII ZR 80/06)

Betriebssicherheitsprüfungen als sonstige Betriebskosten

Wiederkehrende Kosten, die dem Vermieter zur Prüfung der Betriebssicherheit einer technischen Anlage (hier: Elektroanlage) entstehen, sind Betriebskosten, die bei entsprechender ausdrücklicher Vereinbarung mit den Mietvertragsparteien als "sonstige Betriebskosten" auf den Mieter umgelegt werden können.

(BGH VIII ZR 123/06)

Verzicht auf Eigenbedarfskündigung bedarf der Schriftform

Ein Verzicht des Vermieters auf das Recht, das Wohnraummietverhältnis wegen Eigenbedarfs zu kündigen, bedarf – wie der gesamte Mietvertrag – der Schriftform, wenn der Verzicht für mehr als ein Jahr gelten soll.

(BGH VIII ZR 223/06)

Abmahnung erforderlich

Die außerordentliche fristlose Kündigung eines Mietverhältnisses über Wohnraum wegen erheblicher Gesundheitsgefährdung nach §§ 543 Abs. 1, 569 Abs. 1 BGB ist grundsätzlich erst zulässig, wenn der Mieter dem Vermieter zuvor eine angemessene Abhilfefrist gesetzt oder eine Abmahnung ausgesprochen hat.

(BGH VIII ZR 182/06)

Errichtung einer Pergola durch einen Wohnungseigentümer

Die Errichtung einer Pergola (hier: Holzschutzgestell mit Acrylglassdach auf der Terrasse) stellt in der Regel eine bauliche Veränderung dar. Ein durch die bauliche Veränderung über das hinnehmbare Maß hinaus beeinträchtigter Wohnungseigentümer kann auch dann Beseitigung verlangen, wenn die Eigentümerversammlung bestandskräftig beschlossen hat, die Maßnahmen in jederzeit widerruflicher Weise zu dulden.

(OLG München 34 Wx 33/06)

Anbringen einer Garderobe im Treppenhaus

Das Anbringen einer Garderobe im Treppenhaus bedarf als Inanspruchnahme des Alleingebrauchs an Teilen des Gemeinschaftseigentums der Zustimmung sämtlicher Wohnungseigentümer.

(OLG München, 34 Wx 136/05)

Unzulässiges Haustierhaltungsverbot

Ein generelles Haustierhaltungsverbot in einem Mehrheitsbeschluss der Wohnungseigentümer ist unzulässig.

(OLG Saarbrücken 5 W 154/06)

Vertragsrecht / Allgemeine Geschäftsbedingungen

Was heißt "fahrbereit"?

Einem Gebrauchtwagen, der bei Gefahrübergang auf den Käufer betriebsfähig und verkehrssicher ist, fehlt nicht deswegen die vereinbarte Beschaffenheit "fahrbereit", weil der Motor wegen eines fortschreitenden Schadens nach einer Fahrtstrecke von höchstens 2.000 km ausgetauscht werden muss. Mit der Angabe in einem Gebrauchtwagenkaufvertrag, dass das Fahrzeug "fahrbereit" ist, übernimmt der Verkäufer nicht ohne weiteres die Gewähr im Sinne einer Haltbarkeitsgarantie dafür, dass das Fahrzeug auch noch nach Gefahrübergang über einen längeren Zeitraum oder über eine längere Strecke fahrbereit bleibt.

(BGH VIII ZR 72/06)

Aufklärungspflicht des Mietwagenunternehmers

Der Autovermieter hat über die Erstattungsfähigkeit von Unfallersatztarifen eine Aufklärungspflicht. Versichern die Mitarbeiter einer Autovermietung einem unfallgeschädigten Mieter eines Ersatzfahrzeuges, dass es mit der Regulierung der Mietwagenkosten keinerlei Probleme geben werde und erfolgt diese Erklärung wider besseres Wissen, weil dadurch ein überhöhter Unfallersatztarif vereinbart wird, so stehen dem Mieter Schadensersatzansprüche gegen das Mietwagenunternehmen zu.

(BGH XII ZR 72/04)

"Chip-Tuning" als Kfz-Mangel

Wird in einen Pkw-Motor ein leistungssteigernder Chip zur Steuerung der Motorelektronik eingebaut ("Chip-Tuning"), der das Abgasverhalten des Motors verändert, so erlischt die Betriebserlaubnis, wenn der Einbau des Chips nicht unverzüglich durch einen amtlich anerkannten Sachverständigen abgenommen und eine Bestätigung nach § 22 I 5 StVZO erteilt wird. Das gilt auch dann, wenn für den Chip das Gutachten eines Technischen Dienstes nach § 19 III 1. Nr. 4 a StVZO vorliegt.

Wird der Chip wieder ausgebaut, so lebt die erloschene Betriebserlaubnis dadurch nicht automatisch wieder auf.

(OLG Karlsruhe I U 181/06)